

22. März 1981

PRESSEERKLÄRUNG

Immengarten 31
D-3000 Hannover 1
Telefon 0511/69 63130

MATERIALSCHÄDEN AN DEN ATOMKRAFTWERKEN WÜRGASSEN, BRUNSBÜTTEL,
OHU, PHILLIPSBURG UND GROHNDE .

Die in den Teilen 1 und 2 dieser Presseerklärung aufgezeigten Vorgänge scheinen zunächst einmal nichts miteinander zu tun zu haben:

Auswechseln der Rohrleitungen in den Nuklearteilen der Atomkraftwerke Würgassen, Brunsbüttel, Ohu und Phillipsburg I einerseits und der Streit um den Sicherheitsbehälter des Atomkraftwerks Grohnde andererseits.

Der Berührungspunkt liegt in der Mentalität, mit der in unserem und anderen Ländern Atomkraftwerke gebaut werden. Erst nach dem bisher schwersten Reaktorunfall in der Bundesrepublik Deutschland (Brunsbüttel) werden die schon vorher bekannten Mängel des hochfesten Feinkornbaustahls genauer untersucht und die betroffenen Komponenten ausgetauscht. Daß sich zusätzlich 700 Arbeiter nur aus Wirtschaftlichkeitsgründen radioaktiver Strahlung aussetzen müssen, ist ein zusätzlicher Skandal.

Auch in Grohnde wird der trotz aller Beschwichtigungsversuche des Sozialministeriums verpönte hochfeste Feinkornbaustahl eingesetzt. Als Sicherheitsbehälter. Auch diesmal wird nach dem Motto gehandelt: "Laßt uns doch erst einmal einbauen und abwarten. Vielleicht hält der Stahl bei einem GAU (größter anzunehmender Unfall) ja doch."

Doch bei einem GAU muß der Sicherheitsbehälter halten. Sonst kommt es zur Katastrophe.

Wiss. Kuratorium:

Prof. Dr. Konrad Buchwald, Hannover (Ökologe)
Prof. Dr. Eckard Grimmel, Hamburg (Geomorphologe)
Dr. Michael Grupp, Lodeveère (Physiker)
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physikerin)
Dr. Alice Steward, Birmingham (Medizinerin)

Bankverbindung:

Postcheckkonto
Nr. 624 33-301
PSchA Hannover
BLZ 250 100 30

Materialschäden (erster Teil):

Mitte Februar erschienen in der deutschen Presse Meldungen über Materialschäden und damit verbundenen Milliardenreparaturen in den Atomkraftwerken Würgassen, Brunsbüttel, Ohu und Phillipsburg I. Diese vier Atomkraftwerke sollen in Folge einer Auflage des Bundesministers des Innern und Empfehlung der Reaktorsicherheitskommission jeweils mehr als ein Jahr abgeschaltet werden.

In allen vier Siedewasserreaktoren sollen sämtliche Rohrleitungen und Ventile des nuklearen Teils ausgebaut werden, da sie aus hochfestem Feinkornbaustahl bestehen.

Spätestens seit dem Jahr 1977 ist dem TÜV, der Reaktorsicherheitskommission, Herstellern, Betreibern und Behörden bekannt, das dieser Werkstoff äußerst schwer zu schweißen, spröde und daher in hohem Maße rißgefährdet ist.

Auf dem Hintergrund dieser Tatsache entwickelt sich ein Chronologie von Ereignissen, die zu unglaublichen Konsequenzen führt :

März 77 : TÜV Fachausschuß: Anwendungsbereich hochfester Feinkornbaustähle soll eingeschränkt werden. Zum Beispiel sollen diese Stähle in Zukunft nicht mehr für Sicherheitsbehälter eingesetzt werden.

Mitte 77 : TÜV Weisungsbeschluß 18 : Formale Absage an hochfeste Feinkornbaustähle.

Anfang 78: Reaktorsicherheitskommission: Auf dem Hintergrund einiger Störfälle beschließt die Reaktorsicherheitskommission umfangreiche Untersuchungen an den Atomkraftwerkskomponenten, die aus dem in Verdacht geratenen Werkstoff hergestellt sind.

18.6.78: Schwerer Unfall im Atomkraftwerk Brunsbüttel: Ein Blindstutzen (sogenannter Föhnstutzen), der in einer Frischdampfleitung (radioaktiv verseuchten Wasserdampf führend) zwischen einem Ventil und dem Turbinengehäuse liegt, reißt ab. Er gehört zum Leitungssystem des Nuklearteils der Anlage und ist aus hochfestem Feinkornbaustahl gefertigt. Infolge eines unerlaubten Eingriffs des Bedienungspersonals in die Automatik der Schnellabschaltung strömen 3 Stunden lang insgesamt 97 Tonnen radioaktiv verseuchter Wasserdampf aus dem defekten Stutzen aus, von denen nach Schätzungen der Reaktorsicherheitskommission 2 Tonnen das Atomkraftwerk verlassen konnten und die Umgebung radioaktiv verseuchten.

Ein Kurzschluß in einer elektrischen Komponente bewirkt endlich eine Schnellabschaltung des Reaktors.

Juni 78: Nach dem Brunsbüttelunfall werden sofort alle Siedewasserreaktoren einer Überprüfung gemäß des Anfang 78 gefaßten Überprüfungsbeschlusses unterzogen.

August 78: Die Teilgutachten für die Reaktoren Brunsbüttel, Isar(Ohu), und Phillipsburg I liegen vor. Festgestellt wurden bei den in Betrieb befindlichen Kraftwerken Risse in Schweißnähten, Inhomogenitäten in der Härte des Werkstoffs (Versprödung an den Schweißnähten im Grundwerkstoff) und Materialermüdungserscheinungen. Bei dem damals in Bau befindlichen Reaktor Phillipsburg I wurden unter anderem Schweißfehler, Kantenversätze und spannungsindizierte Korrosionsrisse gefunden.

Die Folgerungen der Reaktorsicherheitskommission waren damals:

Austausch sämtlicher Leitungen und Armaturen, die aus dem ungeeigneten Werkstoff hergestellt waren.

Leider standen neue Armaturen aus einem besseren Werkstoff noch nicht zur Verfügung. Daher empfahl man - um den wirtschaftlichen Verlust möglichst gering zu halten - die Atomkraftwerke Würgassen, Brunsbüttel und Isar weiterzubetreiben. Ihnen wurde ein Interimsbetrieb unter verschärften Prüfbedingungen bis ins Jahr 1981 zugestanden. Drei Jahre lang ließ man Atomkraftwerke mit minderwertigen Komponenten im Nuklearteil weiterlaufen.

Doch damit nicht genug:

Die Reaktorsicherheitskommission gab sogar den Betreibern des Atomkraftwerks Phillipsburg grünes Licht für einen 2-jährigen Interimsbetrieb mit der Auflage, danach die beanstandeten Komponenten auszutauschen.

Nun müssen nicht nur die schon 1978 radioaktiv verseuchten Rohrleitungen der Atomkraftwerke Würgassen, Brunsbüttel und Isar mit einem Aufwand von je 300 Millionen DM (insgesamt 1,2 Milliarden DM plus Mehrkosten für Stromerzeugungsausfall) und je ca. 700 (insgesamt knapp 3000) radioaktiv verseuchten Arbeitern ausgetauscht werden, sondern auch die damals noch unverseuchten Leitungen des Atomkraftwerks Phillipsburg I.

Aber was ist schon die Gesundheit von 700 der radioaktiven Strahlung ausgesetzten Arbeitern wert gegen einen finanziellen Verlust von einigen 100 Millionen DM.

Dieses Kraftwerk (Phillipsburg I) hätte so nicht in Betrieb gehen dürfen. Die Zeche (höherer Strompreise für die Verbraucher, radioaktive Strahlenbelastung für die 600 Leiharbeiter und 100 Werksangehörigen, die die verseuchten Rohre auswechseln müssen) müssen wir alle bezahlen.

Wird diese Praxis in Zukunft so weitergeführt (alles scheint darauf hinzudeuten), so müssen in absehbarer Zeit für solche Arbeiten in Atomkraftwerken entweder die höchstzulässige Strahlendosis heraufgesetzt werden, Arbeiter aus den unterentwickelten Ländern der dritten Welt angeheuert werden, oder Arbeiter bei uns zwangsverpflichtet werden.

Materialschäden (zweiter Teil):

Hochfeste Feinkornbaustähle werden bei Atomkraftwerken nicht nur in Rohrleitungen verwendet, sondern zum Beispiel auch im Sicherheitsbehälter. Auch in diesem Fall kamen die Zweifel an der Eignung dieses Werkstoffes schon im Jahre 1978 auf. Dieser Stahl wurde in allen bisherigen Atomkraftwerken als Sicherheitsbehälterbaustahl eingebaut. Endlich wurde auch für den Sicherheitsbehälter dieser Werkstoff im Sommer 1978 aus dem Verkehr gezogen. Alle hochfesten Feinkornbaustähle mit einer Streckgrenze von mehr als 370 N/mm^2 sollten nicht mehr für Sicherheitsbehälter benutzt werden. Dies gilt für Bilblisc wie für alle anderen geplanten Atomkraftwerke auch.

Nicht jedoch für das Atomkraftwerk Grohnde, für das zu jener Zeit ein Baustopp vorlag. Der Sicherheitsbehälter für diesen Reaktor aus dem hochfesten Feinkornbaustahl Wst E 51 S (Sondergüte) mit einer mindeststreckgrenze von $510 (!) \text{ N/mm}^2$ war schon vorgefertigt, jedoch noch nicht eingebaut.

Erst nach dem Ende des Baustopps wird aus Wirtschaftlichkeitsgründen der nun verpönte Werkstoff als Sicherheitsbehälter eingebaut.

Dies muß verhindert werden; denn der Sicherheitsbehälter braucht in seinem Leben zwar nur einmal zu funktionieren (bei einem GAU), allerdings dann auch mit 100%-iger Sicherheit.

Darum: - Keine Betriebsgenehmigung für Grohnde.

- Stilllegung aller mit diesem mangelhaften Stahl gebauten Atomkraftwerken.
- Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit.

Im übrigen verweisen wir auf unsere im Februar veröffentlichte Pressemappe zu diesem Thema. Sie kann bei und angefordert werden.

Für die Gruppe Ökologie

(Torsten Jütte, Diplomphysiker)